

Juni 2008

Die Welt wird immer stärker beherrscht von globaler Unsicherheit. Die Regierungen sind offensichtlich wehrlos angesichts der immer häufigeren, zahlreicheren und komplexeren Krisen, zu deren Entstehung sie selbst unaufhörlich beitragen, wie etwa im Falle der von einigen Staaten verfolgten Öl-für-Lebensmittel-Politik.

Es ist nicht die Schuld der Natur, dass in den letzten Monaten weltweit immer mehr Menschen hungern müssen. Und es hängt auch nicht allein von der Natur ab, ob die Menge an Lebensmitteln produziert wird, die gegenwärtig erforderlich ist, um den Hunger der gesamten Menschheit zu stillen. Nach Feststellungen der OSZE sind es die aktuellen Politiken der Staaten, die verhindern, dass die Nahrungsmittelproduktion in den nächsten fünf Jahren um mehr als 0,3% im Vergleich zum heutigen Stand ansteigen wird, was zu wenig ist, um die Menschheit vor neuen Nahrungsmittelkrisen zu schützen, während gleichzeitig die Nachfrage zunehmen und die Produktion von Getreide, Mais und Reis in einigen Schlüsselregionen von den Unwägbarkeiten des Klimas bedroht wird.

Paradoxerweise wurde die grundlegende Bedeutung stabiler Nahrungsmittelpreise während der Hochphase des Kalten Krieges weniger unterschätzt, als die Vereinigten Staaten eher darauf bedacht waren, einen im Hinblick auf die Wahrung der internationalen Sicherheit derart sensiblen Sektor wie den Nahrungsmittelsektor nicht zu stören. Demgegenüber ist der Markt für Agrarprodukte infolge der Nutzung landwirtschaftlicher Flächen für den Anbau von Erzeugnissen zur Gewinnung von Biokraftstoffen heutzutage erheblich aus dem Gleichgewicht geraten, wobei speziell die Vereinigten Staaten und die westlichen Länder für diese Entwicklung verantwortlich sind. Diese Nutzung steht für 60% der Steigerung der Produktion landwirtschaftlicher Erzeugnisse in den letzten drei Jahren und wird nach den Prognosen der OSZE in den kommenden Jahren mindestens 40% der Produktivitätsgewinne ausmachen, wenn die USA, Brasilien und die Europäische Union ihre jeweilige Landwirtschaftspolitik nicht ändern. Dies alles geschieht in einem Umfeld, in dem die landwirtschaftliche Produktion nur noch halb so schnell wächst wie 1980 und die internationale Hilfe für die Entwicklung der Land- und Ernährungswirtschaft seither von sieben auf etwa drei Prozent der Hilfen insgesamt gesunken ist.

Es versteht sich von selbst, dass auf allen Kontinenten eine neue grüne Revolution und eine andere Agrarpolitik in die Wege geleitet werden müssten, um für eine Welt, deren Bevölkerung ständig wächst, genügend Lebensmittel bereitzustellen. Statt dessen erlebt man derzeit jedoch nichts anderes als eine kontinuierliche Verschärfung des internationalen Wettbewerbs um die natürlichen Ressourcen, Rohstoffe und Agrarprodukte, die infolge des Fehlens einer für die Regelung der Belange der Welt zuständigen Instanz zusehends knapper werden.

Angesichts dessen verharren die Europäer entweder in Untätigkeit oder machen sich mitverantwortlich für unbesonnene Entscheidungen, welche die Spannungen auf den Märkten weiter verschärfen und sich darüber hinaus gegen die Europäer selbst richten, wie etwa die Entscheidung, gemeinsam mit den USA das Ziel zu verfolgen, im Laufe des nächsten Jahrzehnts zehn Prozent des Verbrauchs an fossilen Brennstoffen durch Biokraftstoffe zu ersetzen. In Wirklichkeit ist die europäische Landwirtschaft allerdings absolut nicht in der Lage, von sich aus die Mengen an Erzeugnissen zu produzieren, die zur Gewinnung des in den Plänen der Europäischen Union vorgesehenen Biokraftstoffs insgesamt erforderlich sind. Um die eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen, müssen die Länder der Europäischen Union daher - ungeachtet der Pläne zur Verringerung der Energieabhängigkeit der EU - aus US-Mais und brasilianischem Zuckerrohr hergestelltes Ethanol einführen. Harte Wirklichkeit ist, dass die Entscheidung der Vereinigten Staaten und Brasiliens, sich weltweit an die Spitze der Produktion von Biokraftstoffen zu setzen, Teil einer Strategie ist, die für den Rest der Welt zwar Risiken birgt, mit der Staatsräson dieser

beiden großen Länder jedoch in Einklang steht, wohingegen eine vergleichbare Politik für die Europäer der x-te schwere Denkfehler ist. Dieser Fehler ist das Ergebnis eines Kompromisses zwischen nationalstaatlichen Politiken, die immer widersprüchlicher und heterogener werden und hinter denen kein gemeinsames Interesse und auch keine europaweite Strategie hinsichtlich der Rolle und der Zukunft der Agrarpolitik und der Entwicklung der Energiepolitik mehr stehen.

Leider besteht die Gefahr, dass dieser Fehler insofern nicht der letzte sein wird, als die Europäer sich der trügerischen Hoffnung hingeben, neue Notsituationen über Formen der Zusammenarbeit bewältigen zu können, welche die Souveränität der Staaten in den entscheidenden Bereichen Außen-, Verteidigungs- und Wirtschaftspolitik unangetastet lassen.

Unter diesem Aspekt ist der jüngste Bericht bezeichnend, den die Regierung in Paris im Hinblick auf das Halbjahr des französischen Vorsitzes der Europäischen Union an eine Sachverständigengruppe in Auftrag gegeben hat (*L'Europe dans la mondialisation: état des lieux*). In diesem Bericht wird festgestellt, dass Europa, will es den globalen Herausforderungen begegnen, lediglich über verbesserte Entscheidungsstrukturen zwischen kleinen Gruppen von Ländern in einigen Schlüsselbereichen verfügen müsste, für die von Fall zu Fall pragmatisch die gemeinsamen Interessen zu ermitteln wären. Die kritische Masse, welche die Europäische Union infolge der Erweiterung in demografischer und wirtschaftlicher Hinsicht sowie in Bezug auf die Produktion erreicht hat, würde das Übrige leisten. Selbstverständlich wäre ein derartiges System zum Scheitern verurteilt: Um den globalen Herausforderungen angemessen begegnen zu können, ist vor allem eine umfassende Vision erforderlich, in deren Rahmen die einzelnen Politiken zu konzipieren wären. Würde man jedoch weiterhin sektoriell vorgehen und innerhalb von Gruppen kooperierender Staaten de facto an derselben Methode festhalten, die heute in der gesamten EU zum Tragen kommt, so würde dadurch gerade jene kohärente Gesamtstrategie verhindert, die Europa heute fehlt und die nur innerhalb eines wirklich *europäischen* Regierungssystems denkbar wäre, das mit tatsächlichen Machtbefugnissen ausgestattet und durch die Zustimmung der Bürger legitimiert wäre.

Daher besteht in der Tat das einzige gemeinsame Interesse der europäischen Länder und in erster Linie Frankreichs und Deutschlands nunmehr darin, sich zu einem Bundesstaat zusammenzuschließen. Auch wenn nicht vergessen werden darf, dass der britische *Commonwealth* in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts zwar über ein demografisches Gewicht verfügte, das einem Drittel der Weltbevölkerung (und gleichzeitig der Bevölkerung Chinas zum damaligen Zeitpunkt) entsprach, und dass er ein größeres wirtschaftliches und handelspolitisches Gewicht als die übrigen Staaten der Welt hatte, so mutierte dieser *Commonwealth* dessen ungeachtet im Verlauf weniger Jahrzehnte zu einem hohlen Gebilde, eben weil er kein Staat war.

Heute hätte ein aus Frankreich und Deutschland sowie einigen anderen Gründungsländern gebildeter föderaler Kern von Anfang an eine größere Bevölkerung als Russland oder Japan, bei denen es sich um entscheidende Akteure im Rahmen des weltweiten Gleichgewichts handelt. Er wäre unbestreitbar ein glaubwürdiger Regelungsrahmen für eine Region an der Schnittstelle der Handelsströme zwischen Nord und Süd sowie zwischen Ost und West, deren Volkswirtschaft weltweit die am weitesten entwickelte ist. Zudem wäre dieser anfangs bestehende föderale Kern offen für den Beitritt der übrigen europäischen Länder, die sich ihm anschließen möchten, und hätte nicht lange in seiner ursprünglichen Zusammensetzung Bestand, sondern würde sich rasch ausdehnen und seinen internationalen Einfluss verstärken.

Nichts und niemand - außer der derzeitigen Untätigkeit der Europäer - steht der Entwicklung dieses Projekts im Wege.

Jedoch ist es in erster Linie die Aufgabe Frankreichs und Deutschlands, möglichst rasch zu entscheiden, ob sie einen Europäischen Bundesstaat schaffen wollen, der über die Mittel und Institutionen für die Durchführung der für die Europäer und die Welt nützlichen Politiken verfügt, oder ob sie das immer akuter werdende Risiko eingehen wollen, dass die Auswirkungen der wachsenden internationalen Anarchie auf sie selbst zurückfallen werden.

Publius

Unter der Federführung der Stiftung Mario und Valeria Albertini

Editrice EDIF, via Villa Glori, 8 - I-27100 Pavia - E-mail: publius@euraction.org
Direttore responsabile Elio Cannillo - Autorizzazione Tribunale di Pavia n. 574 del 9 settembre 2002
Stampatore PIME SRL, Pavia - Poste Italiane s.p.a., Spedizione in Abbonamento Postale D.L. 353/2003
(conv. in L. 27/02/2004 n. 46) art. 1, comma 2, DCB Pavia
www.euraction.org